



# Beschlussempfehlung des AK Tarife in Westfalen-Lippe

**BE 16-AK-01**

Der AK Tarife in Westfalen-Lippe empfiehlt den Tarifregionen und dem NWL, wie folgt zu beschließen:

1. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* gründet zusammen mit den Vertragspartnern des Konsortialvertrages die WestfalenTarif GmbH. Dem als **Anlage 1** beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages der WestfalenTarif mbH wird zugestimmt.
2. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt den als **Anlage 2** beigefügten Entwurf des Konsortialvertrags für die WestfalenTarif GmbH und stimmt damit dem Abschluss des Konsortialvertrags durch die *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* zu. Der Konsortialvertrag entfaltet Wirkung ab Zustandekommen des Gesellschaftsvertrages gemäß Ziffer 1 des Beschlussvorschlags.
3. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt den in **Anlage 3** beigefügten Entwurf der Geschäftsordnung für den Verbundausschuss und verpflichtet sich zu einer Zustimmung auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH.
4. Die Beschlussfassungen zu den Punkten 1 und 2 stehen unter den Vorbehalten des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens nach § 115 Gemeindeordnung NRW durch die Aufsichtsbehörde und der positiven Abstimmungsverfahren in dem Entscheidungsgremium der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]*. Nach dem Abschluss des Anzeigeverfahrens ist eine erneute Beschlussfassung der / des *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* damit nicht mehr notwendig. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* übermittelt den Beschluss im Wortlaut an das Projektbüro Bielefeld, so dass eine Gesamtdokumentation allen zukünftigen Gesellschaftern durch das Projektbüro zur Verfügung gestellt werden kann.



5. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt, dass die WestfalenTarif GmbH u. a. die Aufgaben an folgende *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* vergibt:

Aufgaben	Name der Tarifgemeinschaft oder NWL
Tarif, Tarifcontrolling, Gremienkoordination Gesellschafterversammlung, Verbundausschuss und Koordination Landesgremien	OWL V GmbH
Einnahmenaufteilung – Erlösmanagement Einnahmenaufteilung – Datenmanagement	OWL V GmbH Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH
Kaufmännische und juristische Tätigkeiten	OWL V GmbH
Westfälische Tarifdatenbank	Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH
Koordination konventioneller Vertriebsaufgaben	Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH
Aufgabenübernahme Produktverantwortlicher und Koordination E-Ticketing	Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH
Marketing	NWL, Unna

Die entsprechenden Verträge werden solange abgeschlossen, wie im Rahmen einer Revision (vgl. Beschlussnummer 10) keine Änderung hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung beschlossen wird.

Es werden zwei Geschäftsführer/innen für die WestfalenTarif GmbH bestellt, die aus den Tarifgemeinschaften OWL V GmbH und Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe für die WestfalenTarif GmbH tätig werden.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.

6. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt den in **Anlage 4** beigefügten Entwurf des Wirtschaftsplans der WestfalenTarif GmbH und verpflichtet sich dazu, diesem auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.



7. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt, dass zur gemeinsamen westfälischen Ebene der WestfalenTarif GmbH neben der Festlegung der Preise für die Preisstufen W6 – W12 auch die Festlegung der Preise für die Preisstufen W2 – W5 gehört. Für die Preisstufen W2-W5 ist die Festlegung der Preise durch die WestfalenTarif GmbH beschränkt auf die Relationen im Nahbereich, bei denen Quell- und Zieltarifgebiete jeweils in verschiedenen Tarifräumen liegen und die jeweils unmittelbar vor Einführung des WestfalenTarifs nicht tarifiert waren oder dem NRW-Tarif zugeordnet waren.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließt darüber hinaus, dass die Herausnahme von Relationen aus der gemeinsamen westfälischen Ebene, die in den Sätzen 1 und 2 mit W2 – W5 gekennzeichnet sind und damit aus dem Einflussbereich des Verbundausschusses der WestfalenTarif GmbH und stattdessen einer Zuordnung dieser Relationen zu der regionalen westfälischen Ebene jeweils zum Zeitpunkt einer Tarifierung möglich ist. Voraussetzung einer solchen Übertragung der Zuständigkeit für eine Relation von der gemeinsamen auf die regionale westfälische Ebene ist das ggü. der WestfalenTarif GmbH zu erklärende Einvernehmen der betroffenen Gesellschafter, in denen Quell- und Zieltarifgebiet einer solchen Relation liegen. Die betroffenen Gesellschafter müssen in diesem Fall klar regeln, wer von ihnen nach der Übertragung auf die regionale westfälische Ebene die Zuständigkeit für die Preisfestlegung hat und welches Einnahmenaufteilungsverfahren für die auf dieser Relation erzielten Einnahmen angewendet werden soll. Das Ergebnis muss der WestfalenTarif GmbH mitgeteilt werden. Die WestfalenTarif GmbH selbst kann einer unter den v. g. Voraussetzungen vorzunehmenden Übertragung auf die regionale westfälische Ebene nicht widersprechen.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.

8. Bei den zukünftigen Beschlüssen der Gremien der WestfalenTarif GmbH zur Tarifierung orientiert sich die Preisgestaltung in der Preisstufe W6 zukünftig an den Preisen der auf der regionalen westfälischen Ebene beschlossenen Preise für die Preisstufe 5. Die Preise der einzelnen Tickets in der Preisstufe W6 können nicht günstiger ausfallen als die entsprechenden Preise in den obersten regionalen Preisstufen.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.



9. Die bestehenden Einnahmenaufteilungsverträge der heutigen Verbundtarife „Der Sechser“, „Hochstift-Tarif“, „Münsterland-Tarif“, „Ruhr-Lippe-Tarif“ und „VGWS-Tarif“ werden wegen der Einführung des WestfalenTarifs nicht verändert. Gegenstand des neu abzuschließenden Einnahmenaufteilungsvertrags der gemeinsamen westfälischen Ebene sind nur die Einnahmen, die auf den Relationen erzielt werden, auf denen vor Einführung des WestfalenTarifs der NRW-Tarif galt, sowie auf denen, die bislang nicht tarifiert waren.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.

10. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* beschließen die nachfolgende Revisionsregelung: Die Gesellschafter der WestfalenTarif GmbH werden mit gutachterlicher Unterstützung im Jahr 2021 eine Überprüfung der internen Arbeitsabläufe mit dem Ziel einer Prozessoptimierung durchführen. Hierbei finden alle bis dahin gesammelten Erfahrungen der Gesellschafter Berücksichtigung und werden in die Analyse einbezogen.

Das dezentrale Zwei-Ebenen-Modell mit der regionalen sowie gemeinsamen westfälischen Ebene ist ausdrücklich nicht Gegenstand der Untersuchung. Kernpunkte des Zwei-Ebenen-Modells wie regionale Entscheidungsbefugnis (über regionale Ticketpreise W0–W5, regionale Ticketangebote, regionale EAV und regionale Ausgestaltung der Fahrgastinformation, des Marketings, des Vertriebs) sowie regionale Geschäftsstellen (zur Vor- und Nachbereitung regionaler Entscheidungen und deren Umsetzung) werden deshalb nicht in die Untersuchung einbezogen.

Sollten sich im Rahmen der Untersuchung Verbesserungsmaßnahmen ergeben, bedürfen entsprechende Beschlüsse der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH. Spätere Überprüfungen sollen auf den vorgenannten Grundsätzen basieren.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.

11. Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* stimmt zu, dass die Gesellschafter der WestfalenTarif GmbH die Geschäftsführung der WestfalenTarif GmbH mit der Umsetzung von Beschlüssen zur Tarifentwicklung der regionalen westfälischen Ebene beauftragen, soweit diese Beschlüsse eine Änderung der Tarifbestimmungen des WestfalenTarifs oder der Fahrpreise des WestfalenTarifs betreffen.

Die / der *[Name der Tarifgemeinschaft oder NWL]* verpflichtet sich dazu, dem v. g. Beschlussvorschlag auch in der 1. Sitzung der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen.



### **Begründung:**

In der 34. Sitzung des Arbeitskreises Tarife in Westfalen-Lippe am 04.11.2014 wurde eine Empfehlung verabschiedet, mit der dem NWL und den Tarifgemeinschaften empfohlen wurde, einen Beschluss zu fassen, die Tarifgemeinschaften, den NWL und die Projektleitung zu beauftragen, den Aufbau einer WestfalenTarif GmbH für die Bildung und Entwicklung des WestfalenTarifs als Gemeinschaftstarif für den Raum Westfalen-Lippe vorzubereiten. Dabei sollten die Aufgaben, Träger und Organe der Gesellschaft, die Besetzung der Organe und die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß den Ausführungen im Begründungstext der Vorlage ausgestaltet werden (die Vorlage ist als „14-11-04 AK Tarife #34 Protokoll Anlage 3 (Beschlussempfehlung Entscheidungsstrukturen) TOP 2b“ dem Protokoll der 34. Sitzung des AK Tarife beigelegt worden). Der NWL und die Tarifgemeinschaften sind den Beschlussempfehlungen gefolgt. Teilweise wurden die Beschlüsse unter Finanzierungsvorbehalt gestellt; teilweise wurde mit dem Beschluss klargestellt, dass der Beschluss weder Präjudiz für die Verortung des Personals noch für die Einführung des Westfalentarifes noch für die Gründung der Gesellschaft ist.

Über das notwendige Vertragswerk, um die Aufgaben der WestfalenTarif GmbH, deren Träger und Organe zu definieren sowie die Besetzung der Organe zu regeln, ist sodann nach 13 Lesungen, an denen Vertreter des NWL sowie der regionalen Tariforganisationen beteiligt waren, auf fachlicher Ebene Konsens erzielt worden.

Die Gründung der WestfalenTarif GmbH erfolgt mit dem Ziel, den WestfalenTarif zum 01.08.2017 umzusetzen. Der Grundsatzbeschluss hierzu soll Mitte 2016 gefasst werden. Die Notwendigkeit, trotzdem zum jetzigen Zeitpunkt die Gründung der Gesellschaft zu beschließen, liegt im Wesentlichen darin begründet, dass kein Partner der Einführung des WestfalenTarifs zustimmen kann, wenn nicht klar geregelt ist, welchen Einfluss er auf die Gestaltung dieses Tarifs zukünftig haben wird. Erst wenn die WestfalenTarif GmbH rechtsfähig gegründet ist, kann sich jeder betroffene Partner auf die entsprechenden Regelungen aus dem dann geltenden Vertragswerk aus Konsortial- und Gesellschaftsvertrag sowie der Geschäftsordnung für den Verbundausschuss berufen. Folglich wird ein Beschluss zur Einführung des WestfalenTarifs erst umgesetzt werden können, wenn die WestfalenTarif GmbH rechtsfähig vorhanden ist. Wenn die Tarifeinführung nicht ein weiteres Mal verschoben und der Tarif damit am 01.08.2017 Realität werden soll, muss dieser bei der zuständigen Bezirksregierung spätestens im 1. Quartal 2017 durch die WestfalenTarif GmbH beantragt werden. Hierfür muss der Beschluss über den Tarif in der 1. Sitzung des Verbundausschusses ebenfalls spätestens Anfang 2017 getroffen werden.

Da davon ausgegangen werden muss, dass das kommunale Beteiligungsverfahren wegen der großen Anzahl der involvierten Kommunen, die Prüfung durch die Kartellbehörde und die Kommunalaufsicht bis zu einem Jahr dauern kann, muss die Gründung Ende 2015 / Anfang 2016 durch alle späteren Gesellschafter WestfalenTarif GmbH beschlossen werden.



## **Zu den Punkten 1 – 3 des Beschlussvorschlags**

Alle Einzelheiten zur rechtlichen Ausgestaltung der WestfalenTarif GmbH (Gesellschafter, Finanzierung, Aufgaben, Organe, Gremien zur Beschlussfassung über verkehrswirtschaftliche Fragestellungen etc.) können dem als **Anlage 1** beigefügten Gesellschaftsvertrag, dem als **Anlage 2** beigefügten Konsortialvertrag, sowie der als **Anlage 3** beigefügten Geschäftsordnung für den Verbundausschuss der WestfalenTarif GmbH entnommen werden. Die Verträge sind rechtlich geprüft und mit der Kommunalaufsicht vorabgestimmt. Auf folgende Aspekte sei an dieser Stelle gesondert hingewiesen:

Gemäß Gesellschaftsvertrag (**Anlage 1**) sollen alle Gesellschafter (NWL und Tarifgemeinschaften) jeweils 10.000 € am Stammkapital der Gesellschaft halten (vgl. § 3). Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung maximal drei Vertreter entsenden, wobei jeder Gesellschafter nur eine Stimme hat und diese von den jeweiligen drei Vertretern nur einheitlich abgegeben werden kann. In der Gesellschafterversammlung herrscht Einstimmigkeitsprinzip (vgl. § 7).

Gemäß Konsortialvertrag (**Anlage 2**) ist vorgesehen, dass der NWL zukünftig 80 % der anfallenden Kosten der WestfalenTarif GmbH in Form eines Zuschusses leistet. Die Möglichkeit, den Finanzierungsbetrag des NWL in Form eines (umsatzsteuerfreien) Zuschusses zu leisten, ist mit dem zuständigen Finanzamt geklärt. Zu den Finanzierungsanteilen der Tarifgemeinschaften gibt es den Vorschlag, diese auf Basis der jeweiligen Verbundeinnahmen (aktuell für 2014 veröffentlicht im NRW-Tarifreport 2014/15) zu berechnen. Ähnlich wie in der Regelung zur Bestellung der Geschäftsführung ist vorgesehen, dass die Finanzierungsanteile drei Jahre nach Gründung der WestfalenTarif GmbH und danach jeweils im Zyklus von drei Jahren einstimmig neu bestimmt werden (vgl. § 4).

Im Verbundausschuss werden Beschlüsse zu verkehrswirtschaftlichen Themen für die Organe der WestfalenTarif GmbH vorbereitet. Gemäß Geschäftsordnung für den Verbundausschuss (**Anlage 3**) erhält jeder erlösverantwortliche Partner (Verkehrsunternehmen, Bus- und SPNV-Aufgabenträger, soweit diese sog. Brutto-Verträge abgeschlossen haben; bei Abschluss von Brutto-Anreizverträgen findet eine Verständigung zwischen dem Aufgabenträger und dem jeweiligen Unternehmen statt) dort Stimmrechte. Stimmrechte und notwendige Mehrheiten sind für verschiedene Fragestellungen unterschiedlich ausgestaltet. Hervorzuheben ist dabei, dass diese so austariert sind, dass die SPNV-Partner nicht allein über Fragen der Tariffortschreibung und Einnahmenaufteilung etc. bestimmen können. Entsprechende Beschlüsse können nur gemeinsam von SPNV- und Bus-ÖPNV-Akteuren gefasst werden (§ 3).





Die Geschäftsordnung für den Verbundausschuss wird formal erst durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH wirksam. Damit alle Partner sicher sein können, dass diese in der beigefügten Form in Kraft tritt, müssen sich der NWL und die Tarifgemeinschaften als zukünftige Gesellschafter der Westfalen-Tarif GmbH bereits vor der Gründung der Gesellschaft verpflichten, in der 1. Gesellschafterversammlung der Geschäftsordnung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

#### **Zu Punkt 4 des Beschlussvorschlags**

Dieser Punkt macht deutlich, dass die Tarifgemeinschaften, die Gesellschafter mit kommunalen Hintergrund besitzen, die Beschlüsse nur unter Vorbehalt fassen können. Denn die Vertreter bspw. kommunaler Verkehrsunternehmen in den Gremien einer Tarifgemeinschaft dürfen der Gründung der WestfalenTarif GmbH durch die Tarifgemeinschaft nur zustimmen, wenn die entsprechende(n) Kommune(n) diesem Vorhaben per Ratsbeschluss zugestimmt haben. Erst wenn die Vorbehalte durch entsprechende Ratsbeschlüsse und Anzeige bei der Bezirksregierung ausgeräumt sind, entfalten die gefassten Beschlüsse zu den Punkten 1 – 3 Wirkung.

Eine notarielle Befassung des Gesellschaftsvertrages zur Gründung der WestfalenTarif GmbH erfolgt nachdem die Vorbehalte ausgeräumt sind.

#### **Zu Punkt 5 des Beschlussvorschlags**

Zur Erledigung der Aufgaben der WestfalenTarif GmbH (gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages gehören dazu insbesondere Dienstleistungen auf der gemeinsamen westfälischen Ebene in den Bereichen Tarif, Einnahmenaufteilung, Vertrieb, Marketing). Diese Dienstleistungen werden bei den o. g. Gesellschaftern mittels eines Dienstleistungsvertrages eingekauft.

Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages soll die WestfalenTarif GmbH einen oder mehrere Geschäftsführer haben können. Die Beteiligten haben sich darauf geeinigt, für die ersten drei Jahre zwei Geschäftsführer zu bestellen, die aus den Tarifgemeinschaften OWL V GmbH und Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe kommen sollen.

Analog Punkt 3 der Beschlussfassung werden die notwendigen Dienstleistungsverträge sowie die Bestellung der Geschäftsführung formal erst durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH wirksam. Damit alle Partner sicher sein können, dass die Aufgabenwahrnehmung zukünftig so erfolgt, wie aktuell vorgesehen, muss sich der NWL und die Tarifgemeinschaften als zukünftige Gesellschafter der WestfalenTarif GmbH bereits vor der Gründung der Gesellschaft verpflichten, in der 1. Gesellschafterversammlung der vorgesehenen Aufgabenverteilung zuzustimmen.



## **Zu Punkt 6 des Beschlussvorschlags**

Zum Wirtschaftsplan wird auf die Erläuterungen des Wirtschaftsplanes 2017 (**Anlage 4**) verwiesen.

## **Zu Punkt 7 des Beschlussvorschlags**

Dieser Punkt sollte ursprünglich als Protokollnotiz zum Gesellschaftsvertrag genommen werden. Der hier in Rede stehende Sachverhalt stellt indes einen so spezifischen Sachverhalt dar, der üblicher Weise nicht in einem Gesellschaftsvertrag geregelt wird. Sachgerechter ist es daher, das gemeinsame Verständnis dieses Sachverhalts durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzustellen. Bei Zustimmung zu diesem Punkt würden sich die zukünftigen Gesellschafter der WestfalenTarif GmbH zu einer entsprechenden Beschlussfassung verpflichten.

Inhaltlich geht es darum, dass zur gemeinsamen westfälischen Ebene sämtliche Quelle-Ziel-Relationen zählen sollen, die vor der Einführung des WestfalenTarifs dem NRW-Tarif zugeordnet waren oder gar nicht tarifiert waren. In der Regel sind dies Relationen, die im WestfalenTarif die Preisstufen W6 und höher erhalten.

Es existieren aber einige wenige Relationen im Nahbereich,

1. deren Quelle und Ziel in unterschiedlichen Tarifräumen liegen,
2. für die aktuell keine Übergangsregelung gilt, mit der die Relationen einem bestehenden Verbundtarif zugeordnet wird, also eine klassische Kragenregelung zur Anwendung kommt, sodass
3. diese Relationen heute ebenfalls dem NRW-Tarif zugeordnet sind oder gar nicht tarifiert sind.

Insgesamt handelt es sich um weit weniger als 1% der rd. 34.000 zu tarifierenden Relationen in Westfalen-Lippe. Beispielhaft können die Relationen

- zwischen Langenberg im Kreis Gütersloh (Gebiet der OWL V) und Erwitte im Kreis Soest (Gebiet der TG Ruhr-Lippe) mit einer Entfernung von rd. 20 km, die aktuell dem NRW-Tarif zugeordnet ist oder
- zwischen Delbrück im Kreis Paderborn (Gebiet der VPH) und Lippstadt im Kreis Soest (Gebiet der TG Ruhr-Lippe) mit einer Entfernung von ebenfalls nur rd. 20 km, die aktuell auf dem Direktweg ebenfalls dem NRW-Tarif zugeordnet ist (nur der Umweg über Paderborn ist heute als Ruhr-Lippe-Tarif nutzbar).

Da für solche Relationen aktuell keiner der Tariforganisationen zuständig für die Preisgestaltung, die Einnahmenaufteilung etc. ist, sollen entsprechenden Entscheidungen hierüber zukünftig in den Gremien der WestfalenTarif GmbH gefällt werden, d. h. der





gemeinsamen westfälischen Ebene zugeordnet werden. Für die im ersten Spiegelstrich aufgeführte Relation könnte so bspw. die Preisstufe W4 festgelegt werden (gemeinsame westfälische Ebene; Preisfestsetzung in den Gremien der WestfalenTarif GmbH).

Sollten sich die beteiligten Tarifgemeinschaften einvernehmlich darauf verständigen, einzelne dieser Relationen in die Zuständigkeit einer Tarifgemeinschaft zu überführen, so soll auch dies möglich sein. In der Praxis könnte bspw. die oben im ersten Spiegelstrich genannte Relation dann nicht als Preisstufe W4, sondern z. B. als Preisstufe M4 festgelegt werden (regionale westfälische Ebene Münsterland/Ruhr-Lippe; Preisfestsetzung dann nicht in den Gremien der WestfalenTarif GmbH, sondern in den Gremien der TG Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH).

### **Zu Punkt 8 des Beschlussvorschlags**

Der Beschluss bezieht sich auf die Tatsache, dass in einem Tarif mit einem Preisstufensystem für niedrige Preisstufen keine höheren Ticketpreise als für hohe Preisstufen festgelegt werden können. Ein solcher Tarifantrag, bei dem Tickets für lange Reiseweiten günstiger wären als solche für kurze Fahrten, würde vsl. auch nicht genehmigungsfähig sein. Da die Festlegung der Preise auf der regionalen westfälischen Ebene bis Preisstufe 5 weiterhin autark von den regionalen Tarifgemeinschaften beschlossen werden, kann in den Gremien der WestfalenTarif GmbH nicht völlig frei über die Preise der Tickets ab Preisstufe W6 entschieden werden. Die Preisgestaltung der gemeinsamen westfälischen Ebene muss sich damit an der Preisgestaltung der regionalen westfälischen Ebene orientieren.

Mit dem Beschluss in Punkt 8 wird festgelegt, dass Beschlüsse in den Gremien der WestfalenTarif GmbH zur Tarifentwicklung sich an den Beschlüssen auf der regionalen westfälischen Ebene zu orientieren haben, sodass eine Unterlaufung der festgelegten Preise auf der regionalen westfälischen Ebene durch günstigere Preise in den Preisstufen ab W6 nicht möglich ist.

### **Zu Punkt 9 des Beschlussvorschlags**

Der Beschluss dient alleinig der Klarstellung, dass es keinen Bedarf gibt, die bestehenden Einnahmenaufteilungsverfahren der Tariforganisationen zu verändern. Ein solcher Bedarf, Verteilungsmechanismen für Einnahmen zu vereinbaren, besteht ausschließlich für die Einnahmen, die auf Relationen erzielt werden, die vor der Einführung des WestfalenTarifs dem NRW-Tarif zugeordnet waren oder gar nicht tarifiert waren. Ohne eine neue Einnahmenaufteilung würde nur hier eine Regelungslücke entstehen.



**WESTFALENTARIF**

Projektbüro WestfalenTarif

### **Zu Punkt 10 des Beschlussvorschlags**

Die Partner verständigen sich in 2021 auf eine Revision, die nachfolgende Parameter mit gemeinsam festgelegter externer Unterstützung untersuchen soll: Effektivität der Organisation und Tarifentwicklung in Westfalen.

### **Zu Punkt 11 des Beschlussvorschlags**

Beschlüsse zur Tarifentwicklung auf der regionalen westfälischen Ebene werden auch nach Gründung der WestfalenTarif GmbH weiterhin von den bestehenden Tarifgemeinschaften eigenständig getroffen. Die auf der regionalen westfälischen Ebene gefassten Beschlüsse im Themenfeld Tarif müssen von der Geschäftsführung der WestfalenTarif GmbH umgesetzt werden. Als klassisches Beispiel kann hier die Festlegung der Preise für die Preisstufen 0 – 5 genannt werden: Zur Umsetzung entsprechender Beschlüsse auf der regionalen westfälischen Ebene wird die WestfalenTarif GmbH durch die verantwortliche Tarifgemeinschaft verpflichtet; diese stellt den Tarifantrag. Eine Befassung der Gremien der WestfalenTarif GmbH mit den Beschlüssen der regionalen westfälischen Ebene ist nicht vorgesehen.

Um diesen Gedanken im Gesellschaftsvertrag zu verankern, ist bisher vorgesehen gewesen, in § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages folgende Formulierung zu verankern:

„Die Gesellschafterversammlung stimmt zu, dass die Gesellschafter die Geschäftsführung – ohne die Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung – einzeln mit der Umsetzung von Beschlüssen zur Tarifentwicklung der regionalen westfälischen Ebene beauftragen können, soweit diese Beschlüsse eine Änderung der Tarifbestimmungen des WestfalenTarifs oder der Fahrpreise des WestfalenTarifs betreffen.“

Aus Sicht der Bezirksregierung Detmold als zuständige Kommunalaufsicht wäre der bisher vorgesehene Text einer Vorwegnahme eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung gleichzusetzen, was formal als nicht statthaft angesehen wird. Mit Email vom 09.02.2016 hat die Kommunalaufsicht daher folgenden Text für § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags vorgeschlagen:

„Die Gesellschafterversammlung kann die Gesellschafter ermächtigen, die Geschäftsführung einzeln mit der Umsetzung von Beschlüssen zur Tarifentwicklung der regionalen westfälischen Ebene zu beauftragen, soweit diese Beschlüsse eine Änderung der Tarifbestimmungen des WestfalenTarifs oder der Fahrpreise des WestfalenTarifs betreffen.“

Die Kommunalaufsicht hat zusätzlich mitgeteilt, dass es kein Problem darstellen würde, wenn die Gesellschafterversammlung nach ihrer Bildung entsprechend der ursprünglich vorgesehenen Formulierung beschließt.



Mit dieser neuen Formulierung des § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages und dem gleichzeitigen Beschluss, dass in der 1. Gesellschafterversammlung der WestfalenTarif GmbH (WT) der Beschluss gefasst wird, dass die Tarifgemeinschaften ohne weiteren Beschluss in der Gesellschafterversammlung der WT die Geschäftsführung der WT mit der Umsetzung von Beschlüssen der regionalen westfälischen Ebene beauftragen, wird das gleiche erreicht, wie mit der ursprünglich vorgesehenen Formulierung im Gesellschaftsvertrag.

## **Weiteres Vorgehen**

Für die Tarifräume Münsterland und Ruhr-Lippe ist beabsichtigt, die Gründung der dortigen GmbH in einem parallelen Beteiligungsverfahren zu koppeln. Hierzu ist es notwendig, die Abstimmung dieser Verträge Anfang 2016 abzuschließen, um dann das Jahr 2016 zu nutzen, um das umfangreiche Beteiligungsverfahren abschließen zu können. Sobald die Vorbehalte aus Punkt 4 ausgeräumt sind, können die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und damit die Gründung der WestfalenTarif GmbH erfolgen. An der notariellen Beurkundung des Gesellschaftsvertrages sollten die Geschäftsführer der zukünftigen Gesellschafter persönlich teilnehmen oder sich per notariell beurkundeter Vollmacht durch einen Dritten vertreten lassen. Alle Gesellschafter können sich durch einen gemeinsamen Dritten (per notariell beurkundeter Vollmacht) vertreten lassen. Alternativ kann der Gesellschaftsvertrag auch vor verschiedenen Notaren unterschrieben und beurkundet werden. Der Notar wird die Eintragung zum Handelsregister vornehmen, sobald die Stammeinlagen in der erforderlichen Höhe eingezahlt sind.

Die WestfalenTarif GmbH soll dann zum 01.01.2017 gegründet werden, um einen entsprechenden Vorlauf zur Tarifantragstellung von der GmbH auch formell begleiten lassen zu können.